



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Peter SIMON
03.12.2018



"Kein Freifahrtschein mehr für Google, Facebook & Co."

Wirtschafts- und Währungsausschuss fordert Digitalsteuer

Der Wirtschafts- und Währungsausschuss hat sich am Montagabend, 3. Dezember 2018, bei seiner Abstimmung über den Gesetzesvorschlag für eine Digitalsteuer fast einstimmig für eine fairere Besteuerung von Digitalunternehmen ausgesprochen - und dafür als kurzfristige Lösung für die Einführung einer solchen Steuer ausgesprochen.

Langfristig soll bei der Unternehmensbesteuerung das Prinzip einer sogenannten virtuellen Betriebsstätte eingeführt werden, die bei Internetunternehmen an die Stelle der klassischen Betriebsstätte tritt.

"Schätzungen zufolge zahlen Digitalunternehmen im Schnitt 9,5 Prozent Körperschaftssteuer, traditionelle Sektoren dagegen 23 Prozent. Das muss sich schleunigst ändern", unterstreicht der SPD-Europaabgeordnete [Peter Simon](#), Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion im Sonderausschuss gegen Finanzkriminalität (TAX3). "Die Frage, wie viel Steuern ein Unternehmen Steuern bezahlt, kann nicht allein davon abhängen, wo es seinen Server stehen hat, sondern auf welchen Märkten es seine Geschäfte tätigt. Wer dem deutschen Kunden übers Netz auf dem deutschen Markt seine Dienstleistungen anbietet, soll dort auch seine Steuern zahlen. Für Google, Facebook und Co. müssen die gleichen Regeln gelten wie für den Laden von nebenan."

"Die derzeitigen Steuerregelungen hinken den Entwicklungen der digitalen Wirtschaft leider hinterher, die Regeln sind noch auf die klassischen Unternehmensformen mit einer klaren Betriebsstätte zugeschnitten. Den flexiblen Modellen der digitalen Wirtschaft kann man damit nicht mehr Herr werden. Die Folge: Gewinne werden dorthin verschoben wo sie am wenigsten oder fast überhaupt nicht besteuert werden - oder schlicht künstlich", erläutert [Peter Simon](#).

"Es ist richtig und wichtig, dass wir bei diesem Thema ein klares Signal senden: Wir sind nicht mehr bereit hinzunehmen, dass gewisse Unternehmen zwar von der Infrastruktur vor Ort profitieren, sich aber einen schlanken Fuß machen, wenn es um die angemessene Finanzierung des Gemeinwohls geht. Der Ball liegt jetzt bei den EU-Finanzministern, die sich am Dienstag wieder mit dem Thema beschäftigen. Wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament werden hier nicht locker lassen", so [Peter Simon](#).

Weitere Informationen: Büro Simon [+32 228 47558](#) und Jan Rößmann [+32 473 864 513](#) (Pressesprecher)